

Erklärungen und Programme einiger Bürgerbewegungen und oppositioneller Gruppen vom Herbst 1989

Im Herbst 1989 wurden in der ganzen DDR Bürgerbewegungen und politische Parteien gegründet. Zu den wichtigsten gehörten das Neue Forum (NF), Demokratie Jetzt (DJ), Demokratischer Aufbruch (DA), die Sozialdemokratische Partei (SDP), die Grüne Partei der DDR, die Grüne Liga und der Unabhängige Frauenverband (UFV). Die thematischen Schwerpunkte und Anschauungen der einzelnen Gruppen bzw. Parteien waren sehr unterschiedlich, ebenso auch die Mittel und Wege, mit denen sie ihre Ziele erreichen wollten. In einem Punkt waren sie sich dennoch einig: Die DDR musste demokratisiert und das Machtmonopol der SED abgeschafft werden.

Am 3.11.1989 gaben die Gruppen eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Demokratisierung des Landes, freie und geheime Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit und die Freilassung der inhaftierten Oppositionellen forderten. Die DDR-Führung registrierte das Anwachsen und die Vernetzung der Oppositionsbewegung mit Entsetzen und versuchte immer wieder gewaltsam dagegen vorzugehen.

Gründungsaufruf der SDP, August 1989

Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP – ins Leben zu rufen

1. In Osteuropa ist einiges in Bewegung geraten, und viele Menschen bei uns empfinden dafür eine große Sympathie. Hoffnungen und Erwartungen beginnen auch in der DDR zu wachsen. Viele Bürger haben an Selbstbewußtsein gewonnen. Dennoch muß man feststellen, daß die Situation immer noch insgesamt von einem lähmenden Ohnmachtsgefühl beherrscht wird. Das zeigt sich u. a. darin, daß man zwar Veränderungen wünscht und erhofft, zugleich aber glaubt, selbst nichts tun zu können. So warten viele darauf, daß die herrschende Partei sich ändert, oder man wartet auf einen Mann wie Gorbatschow. Eine solche Haltung aber bleibt im Passiven und spricht sich letztlich eine Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für diese unsere Wirklichkeit ab. Doch auch und gerade wenn sich eine Partei verändert, braucht es Bürger, die selbständig ihre Verantwortung für unsere Wirklichkeit erkennen und bereit sind, sie wahrzunehmen. Die Zeit drängt – und nicht nur, weil die Ungeduld wächst. Solange nichts Grundlegendes gegen die Widersprüche und Negativentwicklungen in unserem Land getan wird, geht mehr und mehr Unwiederbringliches verloren. Die Zehntausende, die enttäuscht das Land verlassen, können hier nichts mehr tun und verstärken die Resignation der Zurückbleibenden. Wir leben von der Substanz und dabei auf Kosten unserer Kinder. Wir verlieren mehr und mehr den Raum unseres geschichtlichen Erbes und damit unsere Identität. Strukturen organisierter Verantwortungslosigkeit zerstören die moralischen Grundlagen und die Bereitschaft, Risiken für selbstverantwortetes Handeln in Gesellschaft und Staat auf sich zu nehmen. Es bedarf heute grundlegender Bemühungen vieler, um die Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, die für einen Demokratisierungsprozeß erforderlich sind.

2. Unsere Gesellschaft wird durch den absoluten Wahrheits- und Machtanspruch der SED bestimmt, auf den hin alle Verhältnisse in Staat und Gesellschaft geordnet sind. Die Kluft zwischen ideologischem Anspruch und Wirklichkeit tritt jedoch immer klarer hervor. Die notwendige Demokratisierung unseres Landes hat die grundsätzliche Bestreitung eines solchen absoluten Wahrheits- und Machtanspruchs zur Voraussetzung. Dazu gehört eine offene geistige Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Stalinismus und seiner Ausprägung in Geschichte und Gegenwart der DDR.

3. Die Demokratisierung unserer Gesellschaft bedarf grundlegender programmatischer Bemühungen und solcher Bürger, die die dafür notwendige Kompetenz mitbringen bzw. gewinnen. Hier ergibt sich ein besonders schwieriges Problem, denn das Ziel jahrzehntelanger Kaderpolitik der SED war es, geistige und politische Kompetenz außerhalb des Personenkreises derer, die zu Loyalitätserklärungen bereit waren, zu verhindern. Angesichts dieser Lage halten wir folgende Bemühungen für notwendig:

a) Die Erarbeitung einer politischen Alternative für unser Land, die an politische Traditionen anknüpft, die an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert sind. Zu diesen Traditionen gehört an wichtiger Stelle die des Sozialismus. Dieser ist durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte weitgehend diskreditiert worden. Angesichts der heutigen Situation im sozialistischen Lager ist es einfach nicht mehr angebar, welche ökonomischen und politischen Strukturen der Vision des Sozialismus entsprechen können. Um hier nach neuen Wegen zu suchen, bedarf es der schonungslosen kritischen Bestandsaufnahme der geistigen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Situation unseres Landes.

Erklärungen und Programme einiger Bürgerbewegungen und oppositioneller Gruppen vom Herbst 1989

b) Die Herstellung und Entfaltung einer politischen Öffentlichkeit, in der über geistige, wirtschaftliche, soziale und politische Ziele und Wege in unserem Land gestritten werden kann. Eine wichtige Aufgabe ist es, das Gefühl von Verantwortung und Zuständigkeit der Bürger über ihre Verhältnisse in unserem Land zu stärken und zu wecken und dazu zu ermuntern, sich Kompetenz zu erwerben, die gesellschaftliche Wirklichkeit aktiv mitzugestalten. Wir brauchen Bürger, die willens und in der Lage sind, in einem demokratischen Gemeinwesen politische Macht zu kontrollieren und auch auszuüben und in der Sphäre der Gesellschaft ihr Leben selbstverantwortlich gestalten.

4. Politische Existenz und politisches Handeln bedarf der Gemeinschaft in demokratischen Organisationsformen, in denen die Interessen und der politische Wille der in ihnen Verbundenen sich entfalten und zur Geltung kommen kann. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten:

Vereine, Bürgerinitiativen, demokratische Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften etc. Ohne derartige politische Organisationen ist ein demokratisches Gemeinwesen nicht möglich. Aufgrund der Tatsache, daß die politischen Parteien und Organisationen in unserem Land diese Aufgabe zur Zeit nicht erfüllen, ist es notwendig, daß es zur Entfaltung dieser Möglichkeiten und zu Neugründungen kommt.

5. Wir, die Unterzeichnenden, halten für den künftigen Weg unserer Gesellschaft die Bildung einer sozialdemokratischen Partei für wichtig. Wir wissen, daß dieses zur Zeit legal nicht möglich ist. Deshalb machen wir den Vorschlag, eine Initiativgruppe zu bilden, die für die Voraussetzungen einer legalen Parteigründung und ihre Vorbereitung arbeitet.

6. Ziel: Eine ökologisch sozial orientierte Demokratie

Das Grundprinzip demokratischer Erneuerung heißt:

Entmonopolisierung und Demokratisierung der Macht in Staat und Gesellschaft. Das bedeutet nicht die Aufhebung des Staates und seines Gewaltmonopols, sondern demokratische Kontrolle der einzelnen mit klar begrenzten Kompetenzen ausgestatteten, staatlichen Institutionen. Das fordert eine möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft und entsprechende Strukturen im Aufbau des Staates, d. h. eine Gliederung des Staates in selbständige und verantwortliche Substrukturen. Aufgabe des Staates ist es

- die sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
- den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung der Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.

Allen Monopolgliederungen in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, insofern sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger beeinträchtigen und verkehren. Für die Wirtschaft bedeutet dies u. a. strikte Antimonopolkontrolle (auch im Hinblick auf den staatlichen Sektor). Unvermeidbare Monopole bedürfen strengster demokratischer Kontrolle und der Überprüfung ökonomischer Effizienz.

7. Stichworte zum Programm

A) Zur Ordnung von Staat und Gesellschaft

- + Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung
- + parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität
- + Sozialstaat mit ökologischer Orientierung
- + relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Kreise, Städte und Kommunen (finanziell, wirtschaftlich, kulturell)
- + soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht
- + Demokratisierung der Struktur des Wirtschaftslebens u. a. durch betriebliche Mitbestimmung
- + Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften (mit freiwilliger Zugehörigkeit und gleichberechtigter Privatwirtschaft)
- + Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht
- + strikte Religions- und Gewissensfreiheit
- + Gleichberechtigung und Förderung von Frauen
- + Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für alle demokratischen Organisationen
- + freie Presse und Zugang zu den elektronischen Medien für alle demokratischen Organisationen
- + Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge

Erklärungen und Programme einiger Bürgerbewegungen und oppositioneller Gruppen vom Herbst 1989

B) Zur Außenpolitik

- + Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.
- + besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung
- + Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Gebietes der DDR
- + Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der Warschauer Vertrag und NATO überflüssig sind
- + erweiterter und gerechter Handel mit am wenigsten entwickelten Ländern, orientiert an deren Bedürfnissen
- + Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten

Niederndodeleben, den 24.7.89, öffentlich vorgelegt am 26.8.1989.

Wer sich beteiligen möchte, melde sich, Verbreitung erwünscht.

Gründungsaufruf des Neuen Forums „Aufbruch 89“, September 1989

Aufbruch 89 – NEUES FORUM

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Willen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
- daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen

NEUES FORUM.

Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der VO vom 6.11.1975 über die „Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen“ (GBl. I Nr. 44, S. 723) anmelden.

Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen.

Erklärungen und Programme einiger Bürgerbewegungen und oppositioneller Gruppen vom Herbst 1989

Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden.

Die Zeit ist reif.

Die Erstunterzeichner:

Michael Arnold, Student, Leipzig; Bäbel Bohley, Malerin, Berlin; Katrin Schley, Studentin, Berlin; Dr. Martin Böttger, Physiker, Cainsdorf; Dr. Erika Drees, Ärztin, Stendal; Katrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle; Dr. Frank Eigenfeld, Geologe, Halle; Hagen Erkrath, Student, Berlin; Olaf Freund, Fotolaborant, Dresden; Katja Havemann, Heimerzieherin, Grünheide; Alfred Hempel, Pfarrer, Großschönau; Rolf Henrich, Jurist, Eisenhüttenstadt; Jan Hermann, Krankenpfleger, Brandenburg; Martin Klähr, Bauingenieur, Schwerin; Kathrin Menge, Hochbauingenieurin, Berlin; Dr. Reinhard Meinel, Physiker, Potsdam; Otmar Nickel, Drechsler, Dresden; Dr. Christina Pflugbeil, Ärztin, Berlin; Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin; Reinhardt Pump, Krankenpfleger, Berlin; Dr. Eva Reich, Ärztin, Berlin; Prof. Dr. Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, Berlin; Hanno Schmidt, Pfarrer, Coswig; Reinhardt Schult, Betonfacharbeiter, Berlin; Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin; Dr. Eberhard Seidel, Arzt, Berlin; Lutz Stropahl, Musikerzieher, Berlin; Dr. Rudolf Tschäpe, Physiker, Potsdam; Hans-Jochen Tschiche, Pfarrer, Samswegen; Catrin Ulbricht, Dresden

Gründungsaufruf der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt!, 12.9.1989

Berlin, den 12. Sept. 1989

Aufruf zur Einstimmung in eigener Sache

Liebe Freunde, Mitbürgerinnen, Mitbürger und Mitbetroffene!

Unser Land lebt in innerem Unfrieden. Menschen reiben sich wund an den Verhältnissen, andere resignieren. Ein großer Verlust an Zustimmung zu dem, was in der DDR geschichtlich gewachsen ist, geht durch das Land. Viele vermögen ihr Hiersein kaum noch zu bejahen. Viele verlassen das Land, weil Anpassung ihre Grenzen hat.

Vor wenigen Jahren noch galt der „real existierende“ Staatssozialismus als der einzig mögliche. Seine Kennzeichen sind das Machtmonopol einer zentralistischen Staatspartei, die staatliche Verfügung über die Produktionsmittel, die staatliche Durchdringung und Uniformisierung der Gesellschaft und die Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger. Trotz seiner unbestreitbaren Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ist es heute offenkundig, daß die Ära des Staatssozialismus zu Ende geht. Er bedarf einer friedlichen, demokratischen Erneuerung.

Eingeleitet und gefördert durch die Initiative Gorbatschows wird in der Sowjetunion, Ungarn und Polen der Weg der demokratischen Umgestaltung beschritten. Enorme ökonomische, soziale, ökologische und auch ethnische Probleme stellen sich in den Weg und können die Umgestaltung zum Scheitern bringen mit unheilvollen Konsequenzen für die ganze Welt. Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verlorengehen soll. Er darf nicht verlorengehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß.

Entgegen aller Schönfärberei sind die politischen, ökonomischen und ökologischen Krisenzeichen des Staatssozialismus auch „in den Farben der DDR“ unübersehbar. Nichts aber deutet darauf hin, daß die SED-Führung zum Umdenken bereit ist. Es scheint, als spekuliere sie auf ein Scheitern der Reformen in der Sowjetunion. Es kommt aber darauf an, die demokratische Umgestaltung mitzuvollziehen.

Die politische Krise des staatssozialistischen Systems der DDR wurde besonders deutlich durch die Kommunalwahlen am 7.5.1989. Die Doktrin von der „moralisch-politischen Einheit von Partei, Staat und Volk“, die das von Wahlen unabhängige Machtmonopol rechtfertigen soll, konnte nur noch durch eine Wahlfälschung vor dem Gegenbeweis geschützt werden. 10 bis 20 % der Bevölkerung der großen Städte haben den Kandidaten der Nationalen Front offen ihre Zustimmung verweigert. Zweifellos wäre diese Zahl bei geheimen Wahlen noch erheblich höher ausgefallen.

So viele Menschen werden durch die Nationale Front nicht mehr vertreten. Sie haben keine politische Vertretung in der Gesellschaft. Der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Demokratisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kann in der DDR noch immer nicht öffentlich zur Sprache gebracht werden. Deshalb rufen wir auf zu einer Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“

Wir wenden uns an alle, die von der Not unseres Landes betroffen sind. Wir laden alle Initiativgruppen mit ähnlichen Anliegen zum Zusammengehen ein. Insbesondere hoffen wir auf ein Bündnis von Christen und kritischen Marxisten. Laßt uns gemeinsam nachdenken über unsere Zukunft, über eine solidarische Gesellschaft, in der

soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewahrt sind,
der gesellschaftliche Konsens im öffentlichen Dialog gesucht und durch den gerechten Ausgleich verschiedener Interessenten verwirklicht wird,
die verantwortliche und schöpferische Arbeit der Bürgerinnen und Bürger einen lebendigen Pluralismus unseres Gemeinwesens schafft,
Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit den inneren Frieden sichern,
Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden,
Wohlstand nicht mehr auf Kosten der armen Länder gemehrt wird,
Lebenserfüllung in Gemeinschaftlichkeit und schöpferischem Tun für das Gemeinwohl mehr als bisher gesucht und gefunden werden kann.

Erklärungen und Programme einiger Bürgerbewegungen und oppositioneller Gruppen vom Herbst 1989

Alle, die sich beteiligen wollen, laden wir ein zu einem Dialog über Grundsätze und Konzepte einer demokratischen Umgestaltung unseres Landes. Im Januar oder Februar 1990 wollen wir zu einem Vertretertreffen derer, die sich beteiligen, einladen. Es sollte ein Grundsatzprogramm beschließen sowie Sprecherinnen und Sprecher wählen, die dieses Programm in den dringend erforderlichen Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte einbringen können.

Wir hoffen auch auf die Möglichkeit, eine eigene Liste von Kandidaten für die bevorstehenden Volkskammerwahlen aufstellen zu können.

Als einen ersten unfertigen, unvollständigen und verbesserungsbedürftigen Gesprächsbeitrag fügen wir „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ bei. Schreiben Sie uns Ihre Meinung und Ihre Kritik. Wir bitten Sie um Vorschläge zur Veränderung, Erweiterung und Vertiefung. Schreiben Sie uns auch, wenn Sie diesen Aufruf unterstützen wollen, und lassen Sie uns bitte wissen, wenn Sie uns organisatorisch unterstützen wollen.

Schreiben Sie bitte an eine der folgenden Adressen.

Lassen Sie uns zusammengehen und gemeinsam die Hoffnung wieder aufrichten in unserem Land!

Wolfgang Apfeld, 1035 Berlin, Bänschstr. 37, Tel. 5 08 82 38

Dr. Michael Bartoszek, 1034 Berlin, Bersarinstr. 87, Tel. 5 88 80 12

Stephan Bickhardt, 1055 Berlin, Dimitroffstr. 86

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, 1055 Berlin, Bötzowstr. 22

Reiner Flügge, 1054 Berlin, Christinenstr. 36, Tel. 2 81 89 32

Martin König, 1321 Briest, Kleine Str. 3, Tel. Passow 4 28

Reinhard Lampe, 1951 Dorf Zechlin, Dorfstr. 29, Tel. 0036293/ 489

Ludwig Mehlhorn, 1058 Berlin, Wörther Str. 35

Ulrike Poppe, 1055 Berlin, Rykestr. 28, Tel. 2 49 81 86

Dr. Wolfgang Ullmann, 1040 Berlin, Tieckstr. 17, Tel. 2 81 40 72

Dr. Gerhard Weigt, 1185 Berlin, Gotanstr. 5/128-01

Konrad Weiß, 1100 Berlin, Kreuzstr. 18 b, Tel. 4 82 41 20

Bitte abschreiben und weitergeben.

Gründungsaufruf der Bürgerbewegung Demokratischer Aufbruch, 1989

Aufruf Demokratischer Aufbruch – ökologisch, sozial

Eine Unruhe geht durch unser Land. Immer mehr Menschen verlassen es, sie haben die Hoffnung auf ein sinnvolles Leben hier aufgegeben. Andere bleiben und suchen nach Wegen, endlich zu tun, was getan werden muß. Nötig ist eine demokratische Umgestaltung.

Damit meinen wir politische Verhältnisse, die der Bürger durchschauen, kontrollieren und verändern kann. Das ist nur möglich, wenn unser Staat nicht mehr ausschließlich durch eine Partei beherrscht wird und wenn Meinungsfreiheit und Medienvielfalt das öffentliche Leben bestimmen.

Damit meinen wir wirtschaftliche Verhältnisse, die unsere Arbeit von erstarrten und leistungshemmenden Strukturen befreien und sie wieder sinnvoll machen.

Damit meinen wir ökologische Verhältnisse, die unserer Verantwortung für die Natur gerecht werden. Alle müssen endlich die Wahrheit erfahren über das Ausmaß der Schädigung des Wassers, des Bodens und der Luft. Wir alle müssen lernen, unsere Wirtschaft und unsere Bedürfnisse dem Schutz der Umwelt unterzuordnen.

Damit meinen wir soziale Verhältnisse, die erreichte soziale Sicherheit bewahren, entstandene Privilegien und Ungerechtigkeiten abbauen und die Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik auf neue Grundlagen stellen. Wir brauchen ein Rechtssystem, das mehr Rechtssicherheit bietet. Die Menschenrechte hat der Staat nicht zu gewähren, sondern zu respektieren.

Wir wollen neu lernen, was Sozialismus für uns heißen kann.

Wir schlagen die Gründung einer Vereinigung Demokratischer Aufbruch vor.

Wir bieten an den Entwurf einer programmatischen Erklärung und einer Satzung.

Wir sind für die Zusammenarbeit mit allen Initiativen und Gruppierungen offen, die ihrerseits zu einer demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft unterwegs sind.

Erklärungen und Programme einiger Bürgerbewegungen und oppositioneller Gruppen vom Herbst 1989

Gemeinsame Erklärung von SDP, Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratie Jetzt, Neues Forum, Vereinigte Linke und Demokratischer Aufbruch, 3.11.1989

Gemeinsame Erklärung

Für eine demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft in der DDR fordern wir:

- eine Verfassungsreform, die eine demokratische Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED ermöglicht;
- freie und geheime Wahlen auf der Grundlage eines demokratischen Wahlrechtes.

Für alle demokratischen Kräfte fordern wir:

- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit;
- Pressefreiheit, einschließlich der Zulassung unabhängiger Zeitungen und gleichberechtigten Zugang zu den elektronischen Medien.

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger der DDR, diese Forderungen mit eigenen Beiträgen und Aktionen zu unterstützen.

Die Vertreter

der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt
des Demokratischen Aufbruchs
des Grünen Netzwerkes Arche
der Initiative Frieden und Menschenrechte
der Initiativgruppe der Vereinigten Linken Berlins
des Neuen Forums
der SDP

Berlin, am 3. November 1989

Angelika Barbe (SDP)
Werner Fischer (Initiative Frieden und Menschenrechte)
Martin Gutzeit (SDP)
Stephan Hilsberg (SDP)
Carlo Jordan (Grünes Netzwerk Arche)
Thomas F. Krüger (Vereinigte Linke Berlin)
Heinz Küchler (Demokratie Jetzt)
Kathrin Menge (Neues Forum)
H. Misslitz (Vereinigte Linke Berlin)
Rudi Pahnke (Demokratischer Aufbruch)
Dr. Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt)

Gründungsinitiative für eine Grüne Partei, 5.11.1989

Berlin, den 5. November 1989

Gründungsinitiative für eine Grüne Partei in der DDR

Für eine Erneuerung unserer Gesellschaft hat die Umgestaltung unserer zerstörten Umwelt entscheidende Bedeutung. Aber nicht nur unsere Umwelt ist bereits verseucht, sondern in noch viel größerem Maße unser Bewußtsein, nämlich durch die Utopie, daß ständig wachsender Wohlstand und – als seine Bedingung – permanentes wirtschaftliches Wachstum zum Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung gemacht werden kann. Diese Art von Utopie suggeriert uns, der Mensch könne sich willkürlich im Lebenssystem Erde bewegen. Sie versteigt sich sogar zu der militanten Behauptung, er könne sich die Erde unterwerfen.

Damit verbunden ist die Vorstellung, daß Leistung und ihre Belohnung zentraler Maßstab der Bewertung menschlichen Seins wären. Diese Annahme, in ihrer Arroganz, verdrängt die Schwachen an den Rand ihrer möglichen Existenz. Ja, sie kippt sie zunehmend über diesen Rand ab.

Dabei ist es gleichgültig, ob sie auf der Pflegestation einsam und würdelos abtreten, ob sie in die Massengräber der Dritten Welt geschaufelt oder im Museum der ausgestorbenen Pflanzen und Tierarten auch noch zur Schau gestellt werden.

Unser dergestalt verseuchtes Bewußtsein hat folgerichtig die zum ersten Mal in der Geschichte der Erde mögliche Vernichtung allen Lebens bereits eingeleitet.

Wir handeln also nur aus Selbsterhaltungstrieb, wenn wir als Mitverantwortliche diesem Prozeß und Bewußtsein Einhalt gebieten. Daher werden wir mit der GRÜNEN PARTEI unserer ökologischen Weltsicht in der Gesellschaft der DDR politische Kraft verleihen, indem wir sie kompromißlos zum Ausgangspunkt aller unserer Bestrebungen machen.

Wir, als Initiativgruppe, haben folgenden

GRÜNDUNGSAUFRUF ZUR GRÜNEN PARTEI IN DER DDR

beschlossen:

Die GRÜNE PARTEI in der DDR stellt sich auf die Seite aller Kräfte, die sich für Demokratie und Freiheit durch tiefgreifende Reformen in unserem Land einsetzen.

Sie ist ökologisch, feministisch und gewaltfrei.

Die besonderen Ziele der GRÜNEN PARTEI sind:

Der konsequente ökologische Umbau unseres Landes in radikaler Absage an umweltzerstörendes, rohstoffvergeudendes Wachstum und den stalinistisch geprägten Umgang mit Menschen, Wirtschaft und Umwelt. Sofortiger Handlungsbedarf besteht für die ökologischen Katastrophengebiete im Raum Leipzig – Bitterfeld – Halle, Dresden – Karl-Marx-Stadt und Cottbus und zur Rettung vieler historischer Altstädte, Kulturlandschaften und Schlösser, z. B. in Mecklenburg.

Die endgültige Sicherung des Friedens durch allgemeine und vollständige Abrüstung. Der Abbau der Militärbündnisse, die Reduzierung der NVA auf das geringste notwendige defensive Niveau und die Aufhebung der militärischen Sperrgebiete – ist eine zwingende Notwendigkeit zur Erhaltung von Frieden und Umwelt.

Wir lehnen Gewalt, Nationalen Chauvinismus und Rassismus ab und bekennen uns zum konsequenten Antifaschismus.

Die uneingeschränkte Gleichberechtigung aller Frauen und Männer auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen, von den örtlichen Volksvertretungen bis zur Zusammensetzung des Staatsrates, die immer noch den Charakter überwiegend patriarchalischer Institutionen haben. Der Frau als Mutter steht in dieser Beziehung eine bevorzugte Stellung zu.

Erklärungen und Programme einiger Bürgerbewegungen und oppositioneller Gruppen vom Herbst 1989

Die Natur ist um ihrer selbst willen vor der ungehemmten Entfaltung des Menschen zu schützen. Nur so kann sie Grundlage menschlicher Gemeinschaft und Kultur sein. Bei jeder wirtschaftlichen Aktivität ist daher zu fragen: Wohin, für wen, weswegen?

Die GRÜNE PARTEI setzt sich prinzipiell für eine DAUERHAFTEN ENTWICKLUNG ein.

Wir wollen vor allem verhindern, daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter Druck unvernünftigen, kurzsichtigen, materiellen Nachholungsbedarfs eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt.

Wir halten die ökologische Orientierung aller Bildungsebenen für dringend geboten, u. a. die Einführung von Umwelt und Friedenskunde.

Auf der Grundlage der Verfassung der DDR handelnd, setzen wir uns für eine Verfassungsreform ein: Wir setzen voraus, daß die Tätigkeit der GRÜNEN PARTEI in der DDR keiner staatlichen Behinderung unterliegen wird.

Wir werden projektgebunden – sowohl national wie auch international – mit allen Bürgern, Organisationen und Gruppierungen zusammenarbeiten, die unsere Vorstellungen, auch in Teilbereichen, unterstützen.

Als Teil der Bewegung der europäischen Grünen setzen wir uns für gerechte Verteilungsstrukturen ein, die auch den Völkern der Dritten Welt eine DAUERHAFTEN ENTWICKLUNG garantieren und den Zusammenbruch des globalen Ökosystems verhindern helfen.

Wir fördern grenzübergreifende Partnerschaften zum gemeinsamen ökologischen Umbau von Umwelt-Krisengebieten.

Im Vertrauen auf die grundsätzliche Wende unseres Landes rufen wir alle interessierten Bewohnerinnen und Bewohner – gleich welcher Anschauung, Religion und Nationalität – auf:

Aus Sorge um die katastrophale Entwicklung unserer Umwelt, aus Verantwortung für unsere Kinder und die noch ungeborenen Generationen, schließt Euch im örtlichen und regionalen Bereich zu Basisgruppen der GRÜNEN PARTEI der DDR zusammen.

Wählt Sprecherinnen und Sprecher, erarbeitet Vorschläge für das Programm und die basisdemokratische Organisationsstruktur. Erarbeitet auf der Grundlage von Problem- und Forderungskatalogen für Eure Gemeinden, Städte, Regionen und die gesamte DDR ALTERNATIVE KONZEPTE. Macht kreative und praktikable Vorschläge zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft.

Beginnt mit Aktionen!

Die erste Delegiertenvollversammlung, die u. a. Programm, Struktur und Personalfragen der GRÜNEN PARTEI in der DDR beschließt, wird Anfang 1990 in einem der von der Umweltzerstörung am schwersten betroffenen Orte der DDR stattfinden.

Für eine GRÜNE Wende – DIE GRÜNE PARTEI!!

Gründungsaufruf der Grünen Liga, 1989

Gründungsaufruf für eine „GRÜNE LIGA“

Das Wissen um den Ernst und die Dringlichkeit der globalen und lokalen ökologischen Probleme führte vom 24. – 26.11.1989 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Basisgruppen, die auf den Gebieten des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Stadtgestaltung arbeiten, in Berlin zusammen.

Um endlich die längst notwendige Koordination aller umweltbewahrenden und -gestaltenden Kräfte zu fördern, halten wir die Gründung eines parteiunabhängigen Aktionsbündnisses für dringend angebracht. Deshalb rufen wir alle bereits bestehenden und die sich neu bildenden Gruppen auf, sich bei Bewahrung ihrer Eigenständigkeit, Identität und ihrer lokalen Wirksamkeit in diesen Prozeß einzubringen.

Zur Durchführung eines Gründungstreffens, das am 3.2.1990 stattfinden soll, fordern wir alle interessierten Gruppen auf, über folgende Kontaktadressen Verbindung aufzunehmen:

Bezirk Rostock:

Thomas Brückmann, W.-Pieck-Ring 13/15 B III – 1504, Rostock 2500

Bezirk Schwerin:

Klaus Schlüter, Voßstr. 41, Schwerin, 2754

Bezirk Neubrandenburg:

Karl-Heinz Engel, Leibnizstr.3/73, Neubrandenburg, 2000

Bezirk Potsdam:

Matthias Platzeck, Turnstr. 04, Potsdam, 1590

Bezirk Magdeburg:

Antje Wilde, Lumumbastr. 22, Magdeburg, 3034

Berlin:

Gisela Henze, Scharnweberstr. 14, Berlin, 1035

Helmut Geppe, E.-Wichert-Str. 14, Berlin, 1150

Bezirk Frankfurt/Oder:

Reinhart Schade, Marienhöhe 08/09, Bad Saarow, 1242

Bezirk Cottbus:

Harald Wilken, Erfurter Str. 25, Cottbus, 7500

Bezirk Dresden:

Koordinierungsbüro der Grünen Gruppen Dresden, C.-D.-Friedrich-Str. 5, Dresden, 8020

Bezirk Halle:

Jürgen Bernt-Bäll, Günter-Mayr-Str. 3, Halle, 4014

Bezirk Leipzig:

Lutz Lochau, Ökolöwe – Leipziger Umweltbund, Burgstr. 1–5, Leipzig, 7010, PF 1355

Bezirk Erfurt:

Andre Vandreike, Johannisstr. 6–12, Eisenach, 5900

Bezirk Suhl:

Andreas Nußmann, Leninring 48, Suhl, 6018

Bezirk Gera:

Till Noack, K.-Kollwitz-Str. 19, Jena, 6900

Bezirk Karl-Marx-Stadt:

Jörg Riethausen, Draisdorfer Str. 12, Karl-Marx-Stadt, 9082

Vorläufige Struktur der „Grünen Liga“

1. Die Liga wird als Netzwerk aufgebaut.
2. Daraus ergibt sich, daß alle an der Mitarbeit interessierten Gruppen ihre volle Selbständigkeit behalten.
3. Die Vernetzung übernimmt bezirksweise eine Koordinierungsstelle.
4. Es wird eine provisorische Geschäftsstelle in Potsdam eingerichtet. Sie ist bis zum Gründungstreffen Anlaufpunkt für an der Mitarbeit interessierte überregionale Gruppierungen, Verbände, Parteien u. ä. und ist über Matthias Platzeck, Turnstr. 4, Potsdam, 1590 (Tel. 75533 ab 10.12.89) zu erreichen.

Erklärungen und Programme einiger Bürgerbewegungen und oppositioneller Gruppen vom Herbst 1989

Gründungsaufruf des Unabhängigen Frauenverbandes, 26.11.1989

Berlin, den 26.11.1989

Aufruf an alle Frauen!

In der gegenwärtigen Situation des gesellschaftlichen Umbruchs spielen die Interessen von Frauen bislang eine untergeordnete Rolle.

Wir befürchten

- eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage von Frauen
 - eine erneute Ausgrenzung von Frauen bei wichtigen politischen und ökonomischen Entscheidungen.
- Aber es existiert weder ein öffentliches Bewußtsein darüber noch eine angemessene politische Interessenvertretung von Frauen. Laßt uns deshalb die Initiative ergreifen!

Frauen, organisieren wir uns!

Schaffen wir uns eine eigene Interessenvertretung!

Unser Vorschlag:

Gründen wir gemeinsam einen Frauenverband, in dem sich alle

- unabhängigen Frauengruppen und -initiativen
- Frauenvereine und -kommissionen
- Frauenfraktionen der Parteien und Massenorganisationen
- und jede einzelne Frau

zu einer politischen Interessenvertretung zusammenschließen, ohne ihre Eigenständigkeit aufzugeben.

Kommt deshalb am 3.12.1989 um 10 Uhr zum Frauentreffen in die Volksbühne Berlin!

Initiativkomitee zur Gründung eines autonomen Frauenverbandes der DDR